



Kreisinitiative „Symposium“ Düren 2009

Resolution

Alle Organisationen, die von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern vertreten werden, fordern den Landrat des Kreises Düren Herrn Wolfgang Spelthahn auf, ein „Symposium zur Massentierhaltung im Kreis Düren“ mit allen Bürgermeistern, den zuständigen Fachbehörden und Institutionen des Kreisgebietes Düren einzuberufen. Die Unterzeichner regen an, in dieser und in nachfolgenden Veranstaltungen eine Diskussion über die Zukunft der Massentierhaltung im Kreis Düren zu führen und eine Leitlinie zu entwickeln, um die weitere Entwicklung der Massentierhaltung im Kreis Düren zu verhindern. Dabei soll die Initiative des Coesfelder Landrates zum gleichen Ziel als Anregung dienen (vergl. Anhang). Es wird empfohlen, die dort benannten Fachdozenten ebenfalls zu diesem Symposium einzuladen.

Die Unterzeichner bitten Herrn Landrat Spelthahn, diese Resolution nebst Anlagen allen am Verfahren beteiligten Personen und Behörden zu übermitteln.

Düren, im April 2009

NABU Kreisverband Düren e.V.
Vorsitzende
Frau Gertraud Eberius

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
Vorsitzender BUND Kreisgruppe Düren
Herr Walter Jordans

Verein für Tier- und Umweltschutz in Vettweiß e.V.
Vorsitzender
Herr Wolfgang Mödder

Tierschutzverein für den Kreis Düren e.V.
Vorsitzender
Herr Günther Oltrogge

Evangelische Gemeinde zu Düren
Vorsitzender MitWelt-Ausschuss
Herr Pfarrer Martin Gaever

F. Victor Rolff Stiftung, Vettweiß
Vorsitzender
Herr F. Victor Rolff

Gegner der Schweinemastanlage in
Nörvenich
Herr Werner Schering

Komitee gegen den Vogelmord e.V.
Geschäftsführer
Herr Alexander Heyd

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.
Mitglied im Vorstand
Frau Christina Ledermann

Gegner der Schweinemastanlage in
Thum, ProThum e.V., Geschäftsführerin
Frau Astrid Hohn

Gegner der Hähnchenmastanlage in Glimbach / Körrenzig
Herr Michael Hessling

Initiator der Kreisinitiative (V.i.S.d.P)
Herr Bernd Weikopf

DIE LAGE

Derzeit befinden sich im Kreisgebiet Düren mehrere laufende Neugenehmigungs- und Änderungsanträge zu Massentierhaltungsanlagen. So sind zu nennen die Schweinemastanlage in Thum, die Hähnchenmastanlage in Linnich sowie die geplante Hähnchenmastanlage in Müddersheim, weiterhin der Hühnerstall bei Eschweiler ü. Feld und die Schweinemastanlage in Nörvenich. Aber auch die kürzlichen Ereignisse im Hühnerhof in Vettweiß-Froitzheim sind erschreckend.

Derzeit ist deutlich zu erkennen, dass einzelne Gemeinden ihrerseits mit dem Start einer unangenehmen Entwicklung alleine dastehen und oftmals auch noch den Bürgerinnen und Bürgern die dann schlechten Entscheidungen mit ebenfalls schlechten Begründungen „verkaufen“ müssen.

DIE VISION

Alle unterzeichnenden Organisationen haben bereits seit längerem erkannt, dass es hier absoluten Handlungsbedarf gibt, und sind erfreut über die relativ eindeutige Positionsbestimmung gegen die industrielle Massentierhaltung durch den Landrat Wolfgang Spelthahn. Insbesondere machen ja aktuell u. a. die Schwierigkeiten in Nörvenich zur Erweiterung der Schweinemastanlage deutlich, dass die Ursache für die misslungene Verhinderung der Anlage aber auch möglicherweise der vielen hundert anderen Mastanlagen bundesweit sind: die bestehenden Gesetze und Verordnungen. Unabhängig davon gehen wir allerdings - im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Genehmigungsbehörde, aber auch vereinzelter Ratsmitglieder, davon aus, dass schon die bestehenden Gesetze genügend Spielräume bieten, um den Schutz von Mensch, Natur und Tier zu verwirklichen. Allerdings müssen die Behörde, aber auch die regionalen Räte begreifen, dass es darauf ankommt, diese Spielräume im Interesse einer langfristig positiven Entwicklung und NICHT zugunsten kurzfristiger ökonomischer Interessen Einzelner bzw. weniger externer Investoren zu nutzen!

Wir fordern dazu auf, eine einheitliche und gemeinsame Lösung zu finden, die die Belange der Bevölkerung, des Umweltschutzes, des Arten- und Tierschutzes im Kreis Düren berücksichtigt.

Dieses erscheint uns für das Kreisgebiet absolut notwendig, auch damit *der Kreis Düren seinen attraktiven und lebenswerten Charakter* behält. Den sehen wir zurzeit jedoch durch eine Häufung von immissionsträchtigen Betrieben im Kreis, in den Gemeinden und in der direkten Umgebung gefährdet.

Wir halten es für absolut notwendig, dass so viele Menschen wie möglich dann erfahren, wo und wie konkret der Kampf für Umwelt-, Arten-, Tier- und Naturschutzinteressen, sowie eine verbesserte nachhaltige Politik für den Kreis Düren verläuft. Nur so können wir voneinander lernen und jeweils vor Ort erfolgreicher werden. **Auch sollte aus diesen Diskussionen ein Signal in Form einer „Roten Karte gegen Massentierhaltung“ ausgehen, um auch den fremden und potentiellen Investoren klar zu machen, dass der Kreis Düren dieser Entwicklung zukünftig geschlossen entgegensteht wird. Landrat, Bürgermeister, Kreistag und Gemeinderäte sollten klar stellen, dass sie Massentierhaltung - insbesondere neue Anlagen - im Kreis und in jeweiligen Gemeinden politisch nicht wünschen. Mithilfe einer abgestimmten Leitlinie sollen die vorhandenen Planungsinstrumente überall genutzt werden können, um die weitere Ansiedlung von Massentierhaltungen zu verhindern.**

Es sollte weiterhin eine gemeinsame Resolution erarbeitet werden, die die Regierungen und Parlamente in Berlin und Düsseldorf auffordert, den Kommunen bessere Steuerungsinstrumente bei Massentierhaltungen an die Hand zu geben und die Genehmigungsvoraussetzungen allgemein verschärfen (z.B. geringere erlaubte Besatzdichten, keine baurechtliche Privilegierungen als landwirtschaftliche Betriebe mehr, strengere Regelungen bei der Flächenkopplung).

UNSER ENGAGEMENT

Wir, die Organisationen und ihre Mitglieder, aber auch alle anderen engagierten Bürgerinnen und Bürger, haben damit auch die Chance, in den nachfolgenden „Runden Tischen“ integriert zu werden und die Pflicht aktiv die Zukunft des Kreises Düren positiv mit zu gestalten und zu beeinflussen.

Wir alle fördern weiterhin durch diese offene Diskussion das Interesse eines jeden/r Einzelnen, sich wieder aktiv an Dingen öffentlichen Interesses zu beteiligen, und wir wirken so auch tatkräftig der allgemein auftretenden Politikverdrossenheit entgegen.

Diesem „Symposium“ sollte zumindest eine Beratung in den jeweiligen Gemeinderäten und Fachausschüssen folgen, in denen gemäß dem aktuellen Fachbeitrag des Herrn Ministerialdirigent a./D. Professor Dr. Wilhelm Söfker, Bonn-Bad Godesberg, aus dem Dezember 2008 empfohlen wird, eine vollständige Überplanung des Außenbereichs vorzunehmen, um bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für die Verhinderung der Ansiedlung gewerblicher Tierhaltungsbetriebe zu schaffen und damit die wirtschaftliche und Siedlungsentwicklung positiv zu gestalten.